

iFijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 258

24. April 2002

8. Jahrgang

In Nebaj sind selbst die Toten nicht sicher...

Das guatemalteckische Departement Quiché ist weit davon entfernt, die Vergangenheit hinter sich zu lassen, bzw. auf eine würdevolle Art zu verarbeiten. Die jüngsten Anschläge auf die Pfarrei in Nebaj und die Morddrohungen gegen Personen, die Exhumierungen durchführen, zeigen, dass es noch immer ein Risiko ist, sich für Menschenrechte einzusetzen. Aber auch die alltäglichen Schikanen gegen die Bevölkerung, ausgeführt von Personen, die damals wie heute Verbindungen zu Militär und paramilitärischen Gruppierungen haben, tragen die aus der Vergangenheit bekannten Spuren der Repression.

Alma Noser leitete im Februar/März 2002 eine Studienreise nach Guatemala. Im folgenden Artikel beschreibt sie ihre Eindrücke aus Nebaj, die Verunsicherung der Bevölkerung, nachdem die Pfarrei angezündet wurde und die Aussichtslosigkeit, dass die Verantwortlichen früherer wie heutiger Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden.

In der Nacht des 21. Februar brannte die Pfarrei Nebaj und drei benachbarte Marktstände total aus. Vom Pfarrhaus blieben nur die verkohlten Holzsäulen des Innenhofs und die Dachbalken übrig. Unwiederbringbar verloren ist das Archiv der Pfarrei mit vielen Berichten und Interviews zu 35 Massakern aus dem Raum Nebaj, welche die Pfarrei zu Händen des Wahrheitsberichts der katholischen Kirche, REMHI (*Recuperación de la Memoria Histórica*) gesammelt hatte. Verbrannt sind auch einzigartige Dokumente aus der Zeit der *Conquista* um 1600. Es waren die einzigen noch erhaltenen geschichtlichen Zeugnisse aus der Region Nebaj. Viele weitere Jahrhunderte alte Bücher und Dokumente waren im Gemeindehaus gelagert und wurden während des Krieges zerstört. Bis am Abend vor dem Brand übernachteten MitarbeiterInnen einer auf Exhumierungen spezialisierten Organisation im Pfarrhaus. Auch die Ueberreste von etwa 40 Massakeropfer aus dem Dorf Xecot bei Nebaj befanden sich im Pfarrhaus und wurden wenige Stunden vor dem Brand in die Hauptstadt transportiert zur Identifizierung. Ob die vermutlichen Brandstifter dies einfach nicht wussten?

„Das historische Gedächtnis von Nebaj ging verloren“, sagt Rigoberto Pérez, der Pfarrer von Nebaj. Dass der Brand keine Folge eines elektrischen Kurzschlusses war, sondern dass er angestiftet wurde, davon ist Rigoberto Pérez, der Pfarrer von Nebaj und einer der Promotoren des REMHI-Berichts, fast sicher. Beweise dafür hat er allerdings noch keine. Er zeigt sich zwei Tage nach dem Brand zwar erschreckt, aber auch klarsichtig und kampfesmutig. Er sei fast sicher, dass Brandstifter aus dem Umkreis von Armee oder der ehemaligen Zivilpatrouillen (*Patrullas de Autodefensa Civil*) den Brand gelegt hätten, vielleicht ohne zu wissen, dass sich die Ueberreste der Massakeropfer nicht mehr im Haus befanden oder aber auf jeden Fall, um die Pfarrei und alle, die sich für die Aufdeckung der Massaker engagieren, zu bedrohen und einzuschüchtern.

Die Pfarrei beklagt die Unfähigkeit und den Widerwillen der zuständigen Instanzen, den Fall aufzuklären. Noch

am Tag des Brandes benachrichtigte sie die Staatsanwaltschaft (*Ministerio Público*), die einen hohen Funktionär nach Nebaj schickte. Nach kurzer Untersuchung der Brandstätte erklärte er sie für abgeschlossen und riet der Pfarrei, die Klage zurückzuziehen. Die Ueberreste des Brandes wurden weggeräumt. Rigoberto Pérez beklagte auch die Gleichgültigkeit der Polizei (*Policia Nacional Civil*), welche die Brandstätte nicht überwacht und so eine mögliche Entfernung von Beweisstücken leicht gemacht habe.

Wohl nicht zufällig trafen am Tag des Brandes bei drei Organisationen, die sich mit Exhumierungen befassen, Todesdrohungen für namentlich genannte MitarbeiterInnen ein.

Viele Pfarreiangehörige befürchten, dass die Zeit der *violencia*, wie hier der Krieg genannt wird, wiedergekehrt sei. Einer von ihnen erlitt bei der Nachricht über den Brand einen Hirnschlag. Aber es gibt auch solche, die ins Pfarrhaus kommen, um den Padre zu trösten. „Animo, Padre“, sagte ihm einer, mein Haus wurde dreimal angezündet, und dreimal habe ich es wieder aufgebaut; das werden wir auch wir auch mit dem Pfarrhaus machen“.

... und noch viel weniger die Lebenden

Über die gefährliche Situation in Nebaj sind sich auch MINUGUA (Beobachtungsmission der Vereinten Nationen in Guatemala) und die Vertreter der offiziellen Menschenrechtsstelle, Procuraduría de Derechos Humanos, einig.

Der Procurador, Marcelo Solis, nennt die aktuelle Situation besorgniserregend. Er erwähnt vor allem die extreme Armut, die Unterernährung, den Rassismus, die Bodenbesitzverhältnisse, die immer wieder zu Landbesetzungen und gewaltsamen Räumungen führten. Anfang März wurde die Finca *Xonca* besetzt. Andererseits wurde vor einigen Monaten eine grosse Gruppe Familien aus der Gemeinde *Cimientos* vertrieben und hat kaum Chancen, dass ihr Fall von Regierungsstellen

behandelt wird.

Solis sieht Anzeichen dafür, dass nächstens eine „soziale Säuberung“ (*limpieza social*) von ehemaligen Geheimdienstangehörigen der G-2 gegen ehemalige URNG-Mitglieder angesetzt würde. Er beklagt die anhaltende und sogar wieder verstärkte Militarisierung in der Region. Das Militär besetze mit ihrem Stützpunkt grosse Ländereien. Auch verschiedene Fincas, vor allem *San Francisco* und *La Perla*, seien militarisiert. In letzterer wären letzte Woche, nach einem Besuch von MINUGUA und einem Vertreter des *Movimiento de Desarraigados*, auf der Ladebrücke des Fincalastwagens eine ganze Wagenladung von Waffen angekommen.

Auch die Vertreterin von MINUGUA, Vilma Romero, beklagt die Zerstörungen, die der Krieg im sozialen Gefüge und in den Menschen angerichtet habe. In Nebaj sei die Situation der durch den Krieg entwurzelten Bevölkerung sehr bedenklich. Man dürfe nicht vergessen, dass die Ixil-Region (Nebaj, Cotzal, Chajul) Kriegsschauplatz und Ort des Genozids gewesen sei. Es gäbe noch immer viele geheime Friedhöfe mit noch nicht durchgeführten Exhumierungen. 90% der Dörfer in dieser Region seien niedergebrannt worden, und alle wieder aufgebauten Dörfer seien „*aldéas modelo*“ (durch das Militär eingerichtete Modelldörfer). Die Situation des Bodenbesitzes sei sehr ernst, sei es schon vor dem Krieg gewesen und hätte sich in den Kriegsjahren noch verschlimmert. Militärs, Paramilitärs und Finqueros hätten sich Land angeeignet von Familien, die vertrieben wurden. Als diese zurück-

kamen, sei ihr Land besetzt gewesen und sei es oft noch bis heute. Auch sie nennt die beiden Fincas *San Francisco* und *La Perla* als Beispiele der aktiven Kollaboration der Fincabesitzer mit der Armee. Von hier aus seien die Soldaten ausgezogen zum Morden, Vergewaltigen, Foltern und Plündern. Das Dorf Ilom bei der Finca *La Perla* sei total zerstört und 81 Menschen an einem einzigen Vormittag massakriert worden. Die Leichen seien verscharrt oder in die Schlucht geworfen worden. Viele seien in ihre Häuser gesperrt und verbrannt worden.

Ein Besuch im Nachbardorf von Ilom, Tzotzil, bestätigt die unhaltbare Situation der DorfbewohnerInnen: 1400 Familien, auch sie geflüchtet während des Krieges, leben zusammengepfercht auf einem kleinen, extrem steilen und steinigem Grundstück, meist drei bis vier Familien in einem Haus, während das Areal der Finca, das Tzotzil wie eine Klammer umschliesst, sich bis zum Horizont ausdehnt. Auch die Kaffeekrise kann die Finqueros nicht erschüttern, sie haben einfach mit Hilfe der *Cámara del Agro* (Verband der Grossgrundbesitzer) flächendeckend Kardamom angepflanzt, ein Gewürz, das vor allem nach Asien exportiert wird und heute einen guten Preis auf dem Weltmarkt erzielt. Der Finquero aus der Familie Arenas kommt kaum mehr auf die Finca, und wenn schon, dann im Helikopter. Er hat Angst vor der Wut jener, die er nach Strich und Faden betrogen hat.

Die Kinder von Tzotzil sind unterernährt, es gibt weder Gesundheitsposten noch Schule. Alle sind AnalphabetInnen. „Man will uns dumm halten“,

sagen unsere Gesprächspartner. Die minimalen Einkommen der Familien stammen ausschliesslich aus den Löhnen der Erntearbeit in den Fincas. Dass diese Löhne kaum zum Überleben reichen, ist seit Jahrzehnten Tatsache und war der Grund für die Organisierung der LandarbeiterInnen im CUC (Comité de Unidad Campesina), das in den siebziger Jahren grosse Demonstrationen in den Fincas der Südküste organisierte und die Botschaft Spaniens besetzte – was zum Massaker von 39 Personen durch die Armee führte. Die Mehrheit der CUC-Mitglieder stammte aus den Regionen El Quiché und Huehuetenango. Für die Armee war dies die Bestätigung ihrer Beschuldigung, die BewohnerInnen aus diesen Regionen seien subversiv, seien mit der Guerilla im Bund und müssten deshalb ausgerottet werden. Dies fanden auch die *contratistas* (Anheurer für die Erntearbeit), als sie die fruchtbaren Böden sahen. Sie verbündeten sich mit den Militärs in seinen Schlächtereien und eigneten sich viele Böden an.

Die Gemeinde hat heute nur noch 350 ha schlechten Boden, während die Finca 6000 ha des fruchtbaren Bodens besitzt. Der grösste Teil des Bodens von Tzotzil, der seit Generationen der Gemeinde gehörte (sie haben 110 Jahre alte Besitzdokumente), wurde vom Besitzer der Finca *La Perla* annektiert, während sich die Bevölkerung vor der Armee jahrelang in den Bergen versteckt hielt, ein Teil von ihnen in den CPR (*Comunidades de Población en Resistencia*). Seit sieben Jahren kämpfen sie mit Hilfe von CONIC (Coordinadora Nacional Indígena Campesina) und der lokalen Organi-

Die aufständischen Ixiles

(zitiert nach „*Memoria del Silencio*“, Bericht der Comisión de Esclarecimiento Histórico“)

Die Ixiles (BewohnerInnen des sogenannten Ixil-Dreiecks) gelten schon seit jeher als subversiv, als widerständig. Sie wandten sich schon früh gegen die Autoritäten, gegen die wirtschaftlich Mächtigen und ganz generell gegen die Ladinos (Nachfahren der Spanier). Im Jahr 1924 erhob sich die Bevölkerung von Ilom gegen den Besitzer der Finca *La Perla*. In den dreissiger Jahren fand in Nebaj ein Aufstand statt gegen die Zwangsarbeit, die der damalige Staatspräsident, General Ubico, verordnet hatte. Es gab Verhaftungen und Massaker. Der Kampf der Landbevölkerung von Ixil für bessere Arbeitsbedingungen gipfelte im Jahr 1980 in Aufständen an der Costa Sur (Gegend der grossen Kaffee-Fincas). Von da an war es für Ixiles schwierig, überhaupt noch Arbeit zu finden, sie galten nun endgültig als Aufständische. Die Finqueros taten sich zusammen und übergaben der Armee Listen der Anführer.

Im Jahr 1980 besetzten Mitglieder des CUC (*Comité de Unidad Campesina*) die spanische Botschaft in Guatemala-Stadt. Die Armee griff ein und zündete die Botschaft mit den Aufständischen und einigen Botschaftsangestellten an. 39 Menschen verbrannte, darunter der Vater von Rigoberta Menchú.

Die CIA schrieb im Jahr 1982 in einer Empfehlung an die guatemaltekische Armee: „Die gut dokumentierte Überzeugung der (guatemaltekischen) Armee, die Ixiles seien alle auf der Seite des EGP (Ejército Guatemalteco de los Pobres; Guerillagruppe, die im Norden des Landes aktiv war) hat eine Situation geschaffen, in der gehofft werden kann, dass die Armee keine Überlebenden – weder bewaffnete noch unbewaffnete – übrig lässt.“

Die Einschätzung der Armee, dass die Ixil-Bevölkerung die soziale Basis der Guerilla und ihr die Möglichkeit der Rekrutierung immer neuer Guerillakämpfer bot, war ohne Zweifel der entscheidende Faktor der Repression, um so zu erreichen, dass der Guerilla der Zutritt zur Bevölkerung verunmöglicht wurde. Die äusseren Zeichen der Ixil-Identität wie Tracht und Sprache wurden oft zum Todesurteil. Viele Ixil-Frauen wurden auf ihrer Reise zur Erntearbeit an der Costa Sur ermordet. In die Hauptstadt geflüchtete Frauen mussten sich zu ihrer Rettung ihre Tracht ausziehen.

Die erfolgreichen Aktionen der Armee führten zur teilweisen Vernichtung der ethnischen Gruppe der Ixiles.

sation *Movimiento de Desarraigados de la Región Norte del Quiché* um die Rückgabe des Bodens. Elf ergebnislose Verhandlungen mit der Regierung, davon sechs in Präsenz von MINUGUA, haben sie hinter sich.

Eine Tatsache, die irritiert, ist die Kumpanei der *mozos colonos* (auf der Finca wohnende Landarbeiterfamilien) mit dem Finquero. Sie sind Indígenas, wie die BewohnerInnen von Ilom und

den umliegenden Dörfern, haben sich aber ganz auf die Seite des Finquero geschlagen. Sie tragen Waffen und bewachen die Grenzen der Finca. Eine Frau aus Tzotzil, erzählte man uns, hätte vor kurzem etwas Gras unter dem Zaun hindurch geschnitten. Sie sei erwischt, geschlagen und vergewaltigt worden. Auch wenn einer von ihnen einen Baum fälle, der auf Finca-Boden wachse, werde er von den Häschern der Finca ver-

haftet und ins Gefängnis auf der Finca geworfen.

Der Vertreter der Gemeindebehörde sagt mit grosser Erbitterung und Wut. „Der Frieden ist etwas für die Reichen, für die Armen gibt es keinen Frieden. Wenn sich nicht bald eine Lösung abzeichnet, gibt es wieder Krieg.“ Womit wieder die alte These der Militärs bestätigt wäre, dass die Menschen in der Ixil-Region Subversive und Gewalttäter sind.

Die Phasen der Vernichtung

Der Bericht der Wahrheitskommission (Comisión de Esclarecimiento Histórico) „Memoria del Silencio“ beschreibt die Phasen des Krieges gegen die Bevölkerung in den späten 70-er und frühen 80-er Jahre folgendermassen:

Phase 1) Selektive Morde auf Grund Schwarzer Listen an Schlüsselpersonen in Gemeinde und Kirche (PromotorInnen, Katheten, Priester, Maya-Autoritäten. Die Soldaten gingen mit den Listen jeweils an Sonntagen durch die Märkte und in die Kirchen, wo die Leute versammelt waren und führten die Todeskandidaten ab

Phase 2) Morde durch Hinweise von *señaladores* (vermummte Denunzianten). Die Bevölkerung wurde auf dem Dorfplatz zusammengetrieben. Männer und Frauen/Kinder wurden getrennt. Die *señaladores* zeigten mit dem Finger auf wirkliche oder vermeintliche SympathisantInnen der Guerilla, die sofort öffentlich exekutiert wurden. Oft wurde die Beerdigung der Opfer verhindert oder sogar schon Begrabene wieder ausgegraben und den Hunden zum Frass vorgesetzt

Phase 3) Die Exekutionen mit *señaladores* wurden ersetzt durch Massaker an ganzen Dorfgemeinschaften, inklusive Frauen, Kinder und Alte. Frauen wurden oft vor der Familie oder auf öffentlichen Plätzen mehrfach vergewaltigt, schwangere Frauen wurde der Bauch aufgeschlitzt und der Fötus herausgeholt, kleine Kinder wurden gegen Bäume oder Steine geschlagen. Mehr als 440 Dörfer, davon 90 in der Region Ixil, wurden total vernichtet (*tierra arrasada*). In Nebaj waren es 54, in Cotzal 10, in Chajul 26. Die Überlebenden flüchteten in die Berge und Wälder der Region, in die Hauptstadt, an die Südküste, vor allem aber über die Grenze nach Mexiko. Manchmal kamen die Überlebenden zurück und bauten aus den Überresten der alten Häuser neue Provisorien – die sehr oft von der Armee wieder vernichtet wurden. Unzählige starben während der Flucht, viele wurden von der Armee wieder eingefangen und in „Umerziehungslager“ und dann in *aldéas modelo* eingewiesen. Im April 1983 massakrierte die Armee 40 Menschen aus der Nachbarschaft von Tzotzil, die geflüchtet waren.

Minugua weg - und dann?

Guatemala, 11. April. Ende 2003 läuft der Auftrag der *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* (MINUGUA) ab. Angesichts zunehmender politischer und sozialer Konflikte, die einhergehen mit Menschenrechtsverletzungen und einem allgemeinen Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung, macht man sich heute schon Gedanken darüber, was der Weggang von MINUGUA bedeutet.

Anlässlich eines Solidaritätsbesuchs von Gerd Merrem, Leiter von MINUGUA, bei Bischof Ramazzini in San Marcos, wurden die beiden fürs Lokalradio *La Buena Nueva* interviewt und dazu befragt, was die wichtigsten Aufgaben sind, die MINUGUA bis zu ihrem Weggang noch erfüllen soll.

Gerd Merrem: Ich glaube, in Guatemala gibt es genug lokale FriedensakteurInnen und -anwältInnen: die Zivilgesellschaft mit ihren Gruppen und Organisationen. MINUGUA hat dabei immer nur eine subsidiäre Rolle gespielt. Ich erinnere an die Initiative der Zivilgesellschaft, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen und deren Ergebnisse, die Abkommen, zu überprüfen. Dabei haben sie mit der Internationalen

Gemeinschaft, vertreten in der Konsultivgruppe, eine gute Verbündete. Die Unterstützung, die bisher MINUGUA geleistet hat, wird abgelöst werden durch andere Mechanismen, wie eben z.B. die internationale Zusammenarbeit.

Bischof Ramazzini: Ich bin völlig einverstanden mit Herrn Merrem. Die Umsetzung der Friedensabkommen ist die grosse Herausforderung, vor der wir stehen. Ich erwarte von MINUGUA, dass sie uns hilft herauszufinden, wo unsere Leerstellen sind im laufenden Institutionalisierungs- und Demokratisierungsprozess. Aus der bisherigen Zusammenarbeit mit MINUGUA kann ich sagen, dass sie eine grosse Unterstützung war für den Aufbau einer gerechten, egalitären Gesellschaft, in der das respektvolle Zusammenleben eine Voraussetzung ist für einen Versöhnungsprozess. MINUGUA muss weiterhin ihre Vorreiterrolle übernehmen bei der Schaffung eines Rahmens, in dem sich die AkteurInnen des Friedens treffen und ausgiebig miteinander diskutieren können. MINUGUA soll aber nicht nur solche Räume schaffen, sondern auch eine Art Zeugin sein, die uns Rückhalt gibt und diejenigen stärkt, die wis-

sen, dass die Arbeit für den Frieden immer auch Risiken und schwierige Situationen in sich birgt.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Politische Unstimmigkeiten gehen weiter

Guatemala, 17. April. Zwar wird nicht mehr täglich ein neuer Skandal aufgedeckt, aber die Versuche, auf verschiedenen politischen Ebenen eine institutionelle Krise heraufzubeschwören, gehen weiter. Beispiele dafür sind die provozierenden Stellungnahmen der Exekutive oder die unverhoffte Allianz der Regierungspartei FRG mit der sich in Gründung befindenden Partei der *Unionistas*.

Öl ins Feuer der allgemeinen Konfrontationen ist der Aufruhr um das staatliche Sozialversicherungsinstitut (IGSS) und - wieder einmal - ein kleiner Steuerskandal. Eine Chronologie:

Am 2. April verkündete der amtierende Präsident, Francisco Reyes López (Präsident Portillo weilte auf einer Reise in Taiwan), er trete zurück, sobald das *Movimiento Cívico* gleich viele Unterschriften gesammelt habe, wie er bei seiner Wahl Stimmen bekommen hatte: 1'185'160. Das *Movimiento* nahm die Herausforderung an und verkündete, die Unterschriftensammelfrist um weitere zwei bis drei Wochen zu verlängern. Otto Pérez Molina, einer der treibenden Kräfte der Bewegung sagte, sie hätten in fast allen Gemeinden sowie an frequentierten Orten in der Hauptstadt solche Sammelstände aufgestellt. Das Ziel ist hoch gesteckt: Bis zum 7. April hatten 'erst' 163'400 die Rücktrittspetition unterschrieben.

Diese Aktion des *Movimiento Cívico* erntet auch Kritiken: Otto Zeissig vom *Institut für soziale, wirtschaftliche und politische Studien* (IPES) kritisierte den wahlpolitischen Beigeschmack, den die Aktionen der Bewegung haben. Ausserdem meinte er, das Problem der weit verbreiteten Korruption und Straffreiheit in den staatlichen Institutionen sei durch die Absetzung des Präsidenten und Vi-

zepräsidenten nicht gelöst.

Ebenfalls am 2. April gab das *Koordinationskomitee der Handels- Industrie- und Landwirtschaftskammern* (CACIF) seinen Rücktritt aus dem Vorstand des guatemaltekischen Sozialversicherungsinstituts (IGSS) bekannt. Begründet wurde dieser Rücktritt damit, dass sämtliche Anzeigen des CACIF über Unregelmässigkeiten im IGSS von den zuständigen Behörden ignoriert wurden. Unter 'Unregelmässigkeiten' versteht der CACIF defizitäre Investitionen, schlechte Administration, überrisene Kommissionsgelder, etc. An einer Pressekonferenz drohte der CACIF damit, rechtliche Schritte gegen die Administration des IGSS einzuleiten, sobald ihm genügend Beweise vorlägen.

Carlos Wohlers, Vorstandspräsident des IGSS, bestritt, dass der CACIF jemals konkrete Anschuldigungen bezüglich Korruption oder schlechter Administration gemacht habe. Das Vorgehen des CACIF sei für ihn insofern überraschend, weil es vor einem Monat noch hiess, der Handelskammer-Repräsentant trete aus persönlichen Gründen aus dem IGSS-Vorstand zurück.

Der CACIF und mit ihm die Gewerkschaft der IGSS-ÄrztInnen versuchten, auch die übrigen Mitglieder des Vorstands zum Rücktritt zu bewegen, um so Druck auf die Regierung auszuüben, damit Korruptionsfälle im IGSS untersucht werden. Im Vorstand vertreten sind nebst dem CACIF und der ÄrztInnen-Gewerkschaft die guatemaltekische ArbeiterInnen-Union (UGT), die Universität San Carlos (USAC), das ÄrztInnen-Kollegium und die Regierung.

Rigoberto Dueñas, Abgeordneter der UGT im IGSS-Vorstand sagte, er würde nicht zurücktreten, ausser diejenigen, die ihn gewählt haben, würden dies for-

dern. Es sei besser, dabeizubleiben und sein Bestes zu tun als das Feld zu räumen, damit andere machen können, was sie wollen.

Am 3. April verkündete der FRG-Abgeordnete Mario Rivera, dass in der von ihm geleiteten Finanzkommission des Kongresses Beweise vorliegen, dass von den Fast-Food-Ketten McDonald's, Pollo Campero, Patsy, Burger King und Wendy's keine Quittungen an die KundInnen ausgestellt würden. Quittungen dienen zur Abrechnung der Mehrwertsteuer und seit ein paar Jahren ist es in Guatemala obligatorisch, für jeden Verkauf/Kauf eine Quittung auszustellen. KundInnen werden dazu angehalten, diese Quittungen zu verlangen und so mitzuhelfen, Steuerhinterziehung zu vermeiden.

Rivera erklärte, die Anzeigen gegen die Fast-Food-Ketten seien vor allem von Privatpersonen gemacht worden. Er betonte die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit und guten Kommunikation seiner Kommission mit den Steuerbehörden (SAT). Noch seien die Untersuchungen nicht abgeschlossen und man wisse nicht genau, wie viel Geld der Staat durch diese Steuerhinterziehung 'verloren' hat.

René Pérez, Chef der SAT erklärte, dass bereits rund 1200 Unternehmen wegen Steuerhinterziehung geschlossen werden mussten, 35 allein dieses Jahr.

Felipe Bosch, ehemaliger Präsident des CACIF bezeichnete diese Information als Teil einer Verleumdungskampagne, die seit dem vergangenen 1. August gegen die UnternehmerInnen geführt werde. Seit dem damaligen relativ erfolgreichen Streik, werde alles daran gesetzt, die Ehre und das Prestige der UnternehmerInnen in den Dreck zu ziehen, meinte Bosch.

Internationaler Tag des BäuerInnenkampfes

Guatemala, 17. April. Anlässlich dieses Tages besetzten insgesamt 256 Familien in Alta und Baja Verapaz sowie in Chimaltenango insgesamt vierzehn private Fincas. Zusätzlich besetzten in Cobán rund 300 Personen das lokale Büro des *Landfonds* (FONTIERRA). In Purulhá, Baja Verapaz, blockierte eine Gruppe BäuerInnen den Verkehr Richtung Hauptstadt.

An einer Pressekonferenz nannte Juan Tiney von der *Koordination nationaler BäuerInnen- und Indígenaorganisationen* (CONIC) die Forderungen an den Staat: Einhaltung der Friedensabkommen und Akzeptierung ihrer Vorschläge bezüglich Landentwicklung und

Kataster, die Legalisierung der früher besetzten Fincas und die Vergabe von Krediten für den Kauf von Fincas.

Daniel Pascual von der BäuerInnen-Dachorganisation CNOC erwähnte, dass am 14. April das Ultimatum abgelaufen sei, das sie der Regierung am 10. Oktober 2000 gestellt haben, um die Landproblematik in den Griff zu bekommen.

Aufgrund der Fincabesetzungen forderte die PAN, im Kongress eine Resolution zu verabschieden, mit der Aufforderung an die Regierung, sich endlich dieser Problematik zu stellen. Der Vorsitzende der FRG schlug vor, das Thema am Ende der Sitzung zu behan-

deln, womit die FRG-Abgeordneten Zeit hatten, den Saal zu verlassen und die Anzahl notwendiger Stimmen für eine Abstimmung fehlte.

Die FincabesitzerInnen ihrerseits drohen damit, Eigeninitiative zu ergreifen, falls sie die notwendige Unterstützung der Sicherheitskräfte nicht bekommen, um die Landbesetzungen zu unterbinden. Die Regierung nahm das ganze gelassen. Regierungssprecher Byron Barrera meinte, es handle sich ja 'nur' um die Aktivitäten anlässlich des internationalen Tag des BäuerInnenkampfes und rief die BäuerInnen auf, ihre Aktionen gewaltfrei und im Rahmen der Legalität durchzuführen.

Es hagelt Kritik

Guatemala, 16. April. Nachdem inzwischen zwei Monate seit dem Treffen der Konsultivgruppe vergangen sind, bei dem Guatemala scharfe Kritik von Seiten der internationalen Gemeinschaft einstecken musste, hat die Regierung nun mit Hilfe der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* einen Plan ausgearbeitet, in dem das weitere Vorgehen hinsichtlich der Erfüllung von neun vereinbarten Abkommen beschrieben ist.

Dabei ist jedoch der Zeitrahmen zu bedenken, in dem all diese Aktionen stattfinden: Welche Beschlüsse auch immer gefasst worden sein mögen, das Geld, um diese auszuführen, wird etwa ein Jahr vor den nächsten Wahlen eintreffen, was der ganzen Situation eine gewisse Besonderheit verschafft und mögliche Zweifel in Bezug auf die letztendliche Verwendung der finanziellen Unterstützung nicht wirklich aus dem Weg räumt.

Gerade in Guatemala kann man sicherlich auf die Erfahrung vertrauen, nach der eine neue Regierungspartei im ersten Jahr ihrer Amtszeit erst einmal all jene Projekte und Massnahmen vorantreibt, die den Charakter ihrer Regierung definieren. Das zweite und dritte Jahr werden in der Regel dafür genutzt, die Politiken zu entwickeln und zu konsolidieren, in denen Ergebnisse der Amtsführung zu erwarten sind, und im letzten Jahr geht es schliesslich an die Ernte ihrer Glücks- und Fehlgriffe. Auf der Strecke bleibt dabei natürlich eine längerfristige Entwicklungsmöglichkeit für das Land, das in den folgenden vier Jahren wieder auf viele Überraschungen gespannt sein darf.

Vor diesem Hintergrund ist auch das Vorgehen der aktuell regierenden FRG zu verstehen: Mit der Friedensagenda auf ihrer Fahne, die jedoch lediglich aus vielen Erklärungen bestand, wurde weder die Festigung der Demokratie noch die Sicherheit der Bevölkerung, ursprünglich Hauptwahlversprechen, vorangebracht. Stattdessen wurden die Interessen mafïöser Kreise bedient, um die wirtschaftliche Kontrolle zu gewinnen, die einst die Oligarchie und die Unternehmen innehatten; das Thema Sozialpolitik dümpelt währenddessen am Rande vor sich hin.

Inzwischen sind zwei Jahre vergangen. Alles, was jetzt an Massnahmen und guten Vorsätzen ergriffen wird, geschieht unter Druck und mit improvisierten Programmen. Es bleibt also abzuwarten, inwieweit der vorgelegte Plan, der sich auf eine Laufzeit von 10 Monaten gründet, nach denen eine grundlegende Bestandsaufnahme durchgeführt werden

soll, mit Erfolgen gekrönt sein wird. Innerhalb von 10 Monaten das zu erreichen, was noch nicht einmal ansatzweise in 28 Monaten geschafft wurde, wäre eine erstaunliche Leistung.

Doch nicht nur von Seiten der Konsultivgruppe macht man sich Gedanken über die Entwicklung des Friedensprozesses in Guatemala. Schon 1990 in Oslo, bei der Unterzeichnung des "grundlegenden Abkommens über die Friedenssuche mit politischen Mitteln", lag die Schirmherrschaft in den Händen des Weltverbandes der Lutheraner. Von diesem wurden inzwischen vier Internationale Ökumenische Konzile und Foren für den Frieden in Guatemala veranstaltet, an denen auch Gewerkschaftsorganisationen, Ex-Guerrilleros, Campesinos, AkademikerInnen, UnternehmerInnen, sowie AnalytikerInnen und Indígenas teilnehmen.

Beim letzten, Mitte diesen Monats, das nun rund fünf Jahre nach der Verabschiedung des letzten Friedensvertrages stattgefunden hat, ist auch hier die Besorgnis gross. Denn trotz gewonnener Erfahrungen, Erfolge und Fortschritte überwiegt die Ernüchterung und Frustration hinsichtlich der Schwäche des Prozesses und v.a. der ausstehenden Abkommen, die konkreten Nutzen für die guatemaltekeische Bevölkerung mit sich brächten.

Bei diesen Foren geht es nicht um einen bestimmten religiösen Ausdruck, sondern sie stellen die internationale Bedeutung dar, die die Situation in Guatemala trägt, unter anderem eben auch bei den FührerInnen diverser religiöser Anschauungen.

Doch erst die Androhung von finanziellen Kürzungen aus der Kasse der Europäischen Union, die derzeit Hauptgeldgeber an Guatemala ist, lässt die Regierung aufschrecken und verleitet Portillo zu unbedachten Aussagen: "Gelegentlich glauben wir Guatemalteken, dass die Internationale Gemeinschaft besser weiss, was gut für Guatemala ist, und das gefällt uns nicht." Die Internationale Gemeinschaft könne die GuatemaltekenInnen nicht ersetzen und genauso wenig deren Aufgaben übernehmen. Auch sollte sie sich nicht mehr als die Regierung und die Gesellschaft um den Kurs des Landes Sorgen machen. So der Präsident auf die Aussagen des Verhandlungsvertreters der EU, Philippe Combescot beim II. Treffen der EU mit Guatemala. Auch wenn nach dessen Aussagen Guatemala derzeit im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit der EU Priorität habe und man von dieser Seite Interesse an der Erweiterung

von wirtschaftlichen Beziehungen mit der Region bekunde, müsse grundsätzlich ein deutlicher Fortschritt in der Erfüllung der Friedensverträge erkennbar sein, um die Geldströme am Fließen zu halten.

Von Seiten des Europa-Parlaments werden deutlich die Punkte aufgeführt und verurteilt, die bei Andauern einen negativen Einfluss auf die Unterstützung Guatemalas durch die EU haben könnten: dabei kommen sowohl die Gewalt- und Einschüchterungsverbrechen derer zur Sprache, die die Gräueltaten des Bürgerkrieges vertuschen wollen, als auch der Amtsmissbrauch von WirtschaftsakteurInnen, die die illegalen Industrien, wie den Drogen- und Waffenhandel, Geldwäsche und Geiselnahmen, kontrollieren. Kritik wird ebenso an den Rechtsverletzungen gegenüber Frauen geübt, die am Arbeitsplatz sexueller Verfolgung ausgesetzt sind.

Die Regierung wird aufgefordert, die Verantwortung in der Kontrolle und Sanktion von Untergrundorganisationen, der Sicherheit der Bevölkerung und der Untersuchung der diversen Menschenrechtsverletzung zu übernehmen und endlich signifikante Reformen in Zusammenhang mit den Streitkräften vorzulegen.

Ramiro de Leon Carpio gestorben

Guatemala, 17. April. Drei Tage Staatstrauer und die Fahnen auf Halbmast ordnete Präsident Portillo angesichts des Todes von Ex-Präsident Ramiro de Leon Carpio an. In den auf ihn verfassten Nachrufen wurde er als eine charismatische, integre Person beschrieben, als einen "Gentlemen mit Zivilcourage".

De Leon Carpio wurde 1993 nach dem selbstinszenierten Staatsstreich von Elías Serrano vom Kongress als Interimspräsident eingesetzt. Bevor er dieses Amt antrat, war er staatlicher Menschenrechtsombudsmann. 1984 war er Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung, die die noch heute gültige Verfassung erarbeitete. Als Gründer der *Union der nationalen Mitte* (UNC) wechselte er später zur FRG, für die er 1999 in den Kongress gewählt wurde. 2001 wurde er zum Vizepräsidenten des Kongresses gewählt. Zwei Monate später trat er überraschend aus der FRG aus, da er mit deren korrupten Politik nicht mehr einverstanden war.

Guatemala und der Rest der Welt

Guatemala, 19. April. Die Entscheidung, die Entsendung einer UNO-Menschenrechtskommission in die palästinensischen Gebiete nicht zu unterzeichnen und die Unterstützung eines Vorschlags von Uruguay, Kuba in der UNO-Menschenrechtskommission einmal mehr zu verurteilen, hat den guatemalteutschen Kanzler ins Licht der internationalen Kritik gestellt.

Palästina: Bereits letztes Jahr weigerte sich Guatemala (und die USA) eine UNO-Resolution, die dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung und die Gründung eines eigenen Staates zugestand, zu unterzeichnen. Als es vor einigen Tagen erneut um die Unterstützung einer solchen Resolution ging, war Guatemala das einzige Land, das sich dagegen aussprach - selbst die USA haben aufgrund der jüngsten Ereignisse ihre Position überdacht.

Ebenso verweigerte der guatemalteckische Kanzler Antonio Arenales Forno (zusammen mit Kanada) seine Unterstützung für die Entsendung der UNO-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson in die von Israel besetzten Gebiete. Fornos Begründung war, man müsse erst abwarten, was die Bemühungen von US-Aussenminister Collin Powell bringen würden. (Mary Robinson wurde die Einreise nach Israel verwehrt und Powell reiste unverrichteter Dinge wieder ab.)

Die israelischen Angriffe lösten auch in Guatemala Kritik und Proteste aus, denen es jedoch z.T. an Differenziertheit fehlt. Die URNG z.B. solidarisierte sich in einer Presseerklärung mit

"dem palästinensischen Volk und seinem Führer Arafat" und ging gar soweit, das Vorgehen der israelischen Truppen mit dem Verhalten der deutschen Nazis zu vergleichen. Aber auch die Konferenz der evangelischen Kirchen Guatemalas (CIEDEC), die Allianz gegen die Straflosigkeit (ACI) und die nationale BäuerInnenkoordination (CNOC) verurteilten das Vorgehen Israels und sprachen sich für ein Ende der Besetzung palästinensischer Gebiete aus.

Kuba: "Cuba Sí, Yankis No", war das Motto, unter dem die URNG zu einer Demonstration aufrief, um gegen die wahrscheinliche Unterstützung einer uruguayischen Petition gegen Kuba vor der UNO-Menschenrechtskommission zu protestieren. Auch dieses Thema erregt alljährlich die Gemüter. Diesmal gab gar der guatemalteckische Kongress die Empfehlung aus (wahrscheinlich der rund 500 kubanischen ÄrztInnen gedenkend, die in Guatemala arbeiten) sich doch der Stimme zu enthalten. Die Initiative Uruguays wird von verschiedenen andern lateinamerikanischen Staaten unterstützt und allgemein als "von den USA diktiert" bezeichnet.

Venezuela: Auch die Absetzung - und kurz darauf die Rückkehr an die Macht - von Venezuelas Präsident Hugo Chávez ist ein Thema in Guatemala und wird von allen Sektoren auf ihre Art und Weise interpretiert.

Während die Linke jubelte, als Chávez auf seinen Posten zurückkehrte, dient das 'Beispiel Venezuela' der Regierung als Beweis und Selbstlegitimation dafür, dass "demokratisch gewählte Re-

gierungen nicht einfach so gestürzt werden können". Die UnternehmerInnen ihrerseits benutzen es als Drohung dafür, "was auch in Guatemala passieren könnte, wenn die populistische Regierung die UnternehmerInnen zu sehr verärgert".

Belize: Nach Verhandlungen hinter verschlossener Tür mit dem Premierminister Belizes, Said Musa, lüftet Portillo in Anwesenheit von Abgeordneten der UN sein neuestes Geheimnis: Innerhalb von 60 Tagen, also bis Juni, sollen die alten Streitigkeiten um die Grenzregion zwischen Guatemala und seinem Nachbarn im Nordwesten mal eben gelöst werden. Zaubermittel dabei sind "gemeinsame Projekte, die uns Respekt und Würde verschaffen", und "als Lösungsstrategie für ähnliche Probleme in anderen Regionen Zentralamerikas dienen können". Aus "naheliegenden Gründen" könne er jedoch noch keine Details mitteilen, so der Präsident.

Klar scheint zumindest, dass Portillo einen ähnlichen Standpunkt wie einst Jorge Serrano Elías (Präsidentschaft 1991-93) vertritt, nach dem er keine territorialen Ansprüche stellt, sondern hinsichtlich der Seehoheit und der Seenplatte Zugeständnisse sucht.

Die Korruptionsskandale und die schlechte Regierungsführung sowohl auf interner als auch externer Ebene, schwächt die Verhandlungsposition der FRG, was von Belize und auch England ausgenutzt wird. Vorschlag der guatemalteckischen Medien ist, "die Sache lieber zu lassen wie sie ist und der nächsten Regierung in diesem Spiel das Feld zu überlassen".

Auch das ist Guatemala – in Zahlen ausgedrückt

Guatemala, 15. April. "Wir sind zwölf Mio. EinwohnerInnen und mit einer äusserst armen Bevölkerung und einem Durchschnittsalter von 20 Jahren als junges Land einzustufen.

Allein für die rund 31 000 Erst- bis DrittklässlerInnen fehlen 775 Klassenräume für je 40 Kinder; man müsste also jeden Tag zwei Schulen bauen. Um das erste Lebensjahr eines Kindes zu finanzieren, braucht es ein Minimum von US\$ 200 (Q 1,600), was aber mit dem derzeitigen Mindestlohn nicht zu decken ist. Von Tausend lebend geborenen Kindern sterben 41, bevor sie ihr erstes Lebensjahr vollendet haben. Um das zu verhindern, bräuchte es US\$ 61 Mio. (Q 448 Mio.).

An den demographischen Zahlen lässt sich die wachsende Nachfrage nach essentiellen Versorgungseinrichtungen und Dienstleistungen erkennen, die das

Bevölkerungswachstum mit sich bringt: Gemäss der Baugewerbekammer bewegen sich die Angaben über das Wohnungsdefizit zwischen 600 000 und 700 000 und es wächst im Jahr um 50 000.

Mit dem Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Flächen geht die Abnahme des Wasserhaushaltes einher; zudem haben 28 % der Bevölkerung keinen Zugang zu den entsprechenden Leistungen der Gemeindeverwaltungen.

28 000 Jugendliche treten jährlich in die Volljährigkeit ein, täglich würden 80 neue Arbeitsplätze gebraucht, die hohe Arbeitslosigkeit verwundert demnach nicht".

Diese Daten stammen aus einer Reportage der Tageszeitung *Siglo XXI*. Enrique Canahuí, Autor des Berichts, macht dazu folgende Analyse:

"Eines der grossen Probleme stellt die Ungerechtigkeit dar, mit der die Ver-

antwortlichen die Zuschläge für Wohnungsbau, Gesundheit und Bildung verteilen, wobei diese sowieso unzureichend sind und die Bedürfnisse der Mehrheit gar nicht decken können.

Der Staat muss das Wachstum des BIP vorantreiben und sich um die Stabilität der Volkswirtschaft bemühen, um nützliche und sinnvolle Investitionen zu erlauben. Die arbeitsrechtliche Gesetzgebung muss flexibel gestaltet und Fortbildungsmöglichkeiten für die Arbeitskräfte geschaffen werden. Es muss gefordert werden, dass die Programme der Regierung realistisch, kohärent und transparent sind und der Bevölkerung Mitsprachemöglichkeiten einräumen. Internationale Kooperationen sind genauso wichtig, wie der den Verträgen entsprechende Umgang mit dem Staatshaushalt, sowie die glaubwürdige Erfüllung des Sozialprogramms".